Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/JB)

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Leipziger Parteitag der Linken
2. Sonst überlassen wir die Politik Angela Merkel und den Rechten
3. G7-Gipfel
4. Sicherheitsexperte beurteilt Brandschutz bei Stuttgart 21: “Es ist ein Staatsverbrechen”
5. Bundestagsgutachten zu Skripal: Moskau hat sich völkerrechtlich korrekt verhalten
6. … dann eben mit China
7. Die Frage ist: Wer macht hier künftig die Arbeit?
8. Humans just 0.01% of all life but have destroyed 83% of wild mammals – study
9. Hat man SIE einer Gehirnwäsche unterzogen?
10. Von China lernen heißt siegen lernen
11. Sind bezahlbare Mieten für alle möglich?
12. Wie kam Anis Amri ums Leben?
13. AfD nun zweitstärkste Kraft hinter Söders CSU
14. Ciao Hallodri! Wie deutsche Medien ein italienisches Drohszenario beschwören

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Leipziger Parteitag der Linken**
   a. **“Du zerlegst diese Partei gerade”**
   Eigentlich wollten die Linken auf ihrem Parteitag Ruhe stiften. Doch die Rede von Fraktionschefin Wagenknecht schürte die Wut. Das zeigt, wie gespalten die Partei ist – auch in der Flüchtlingsfrage. […]
   Was zuvor passiert ist, hat es selbst bei den Linken lange nicht mehr gegeben. In diesen Stunden tritt der Riss, der durch die Partei geht, offen zutage. Es ist ein Riss zwischen jenen, die bedingungslose Solidarität gegenüber allen Migranten einfordern, und jenen, die Zuwanderung begrenzen wollen. Und es ist ein Riss zwischen Personen und deren Lagern, ein Riss zwischen Kipping und Wagenknecht.
   Dabei hatte es in den vergangenen beiden Tagen so ausgesehen, als würde die

Linke wieder einmal vor ihren Problemen davonlaufen. Der Leitantrag zur Flüchtlingspolitik war bei den strittigen Fragen so vage formuliert, dass ihn jede Seite mittragen und für sich als Erfolg verbuchen konnte. Heiklere Anträge hatte man zuvor schlicht an den Vorstand überwiesen. Bei der Wahl der Vorsitzenden verpassten die Genossen Kipping einen Dämpfer – doch eine Gegenkandidatur gab es nicht.
Da aber hatte Sahra Wagenknecht noch nicht gesprochen.
Am Sonntag betritt die Fraktionschefin die Bühne, gelbes Kostüm, konzentrierter Blick – kein Platz bleibt in diesem Moment im Leipziger CongressCentrum leer.
Quelle: SPIEGEL Online

Anmerkung Jens Berger: *Dieser ist Artikel ist repräsenativ für das Medienrauschen am gestrigen Nachmittag und gleichzeitig auch ein besonders dreister Fall von Manipulation durch Weglassen. Wer den Parteitag nicht verfolgt hat und auch sonst nicht so fürchterlich tief im Thema steckt, kommt nach dieser Erzählung sicher zum Eindruck, Sahra Wagenknecht habe durch ihre Rede eine eigentlich schon friedlich beigelegte Debatte wieder neu entfacht und damit Unruhe in die Partei gebracht zu haben. Das ist eine unglaubliche Täter-Opfer-Umkehr. Eine Reaktion wird als Aktion geschildert. Dies geht freilich nur, wenn man die „Vorgeschichte" weglässt. Genau dies tut der SPIEGEL. Kein Wort von der unglaublich infamen Rede von Gregor Gysi, der über die Scheindebatte von Internationalismus vs. Nationalismus unter der Gürtellinie gegen große Kreise der Partei gegiftet hat, die sich gegen „offene Grenzen für alle" positioniert haben. Kein Wort von den unzähligen kleine Sticheleien am Rande. Kein Wort davon, dass Katja Kipping in ihrer Rede die Reihe von intriganten Spitzen gegen die Fraktionsvorsitzende fortsetzte, in dem sie sich an Oskar Lafontaine abarbeitete, damit aber natütrlich auf Sahra Wagenknecht zielte. Kein Wort davon, dass das Kipping-Lager schon auf dem Parteitag den allgemein formulierten Kompromiss in der Einwanderungsfrage bereits wieder in absurder Weise in ein „Offene Grenzen für alle" uminterpretiert hat. Aber SPIEGEL Online ist da beileibe nicht alleine.*

Die NachDenkSeiten werden im Laufe des Tages noch eine ausführliche Analyse zum Parteitag nachlegen.

b. **Die Niederlage der Katja Kipping**
Der Streit zwischen den beiden Frontfrauen Katja Kipping und Sahra Wagenknecht lähmt die Linkspartei. Im Mittelpunkt steht die Debatte um die Flüchtlingspolitik. Dahinter verbirgt sich der Kampf um die Macht und

Ausrichtung der Partei. Dabei steht die Partei vor einer viel größeren Herausforderung: Wie begegnet sie der Gefahr von der AfD?
Auf dem Parteitag in Leipzig hat Katja Kipping eine Niederlage erlitten. Sie erhielt fast zehn Prozent weniger Stimmen als 2016. Für weitere zwei Jahre wird sie zwar Parteivorsitzende bleiben gemeinsam mit Bernd Riexinger. Aber sie ist angeschlagen. Kipping wurde abgestraft, dass sie selbst auf dem Parteitag nicht auf persönliche Angriffe gegen Oskar Lafontaine verzichtete, mit denen sie aber dessen Ehefrau Sahra Wagenknecht treffen wollte. Trotzdem ist zu befürchten, dass der Stellungskrieg zwischen den beiden Frontfrauen der Partei, Wagenknecht und Kipping, zwei Jahre weitergeführt wird, bis Kipping laut Satzung nicht mehr antreten kann. Der Partei wird das schaden. […]
Dabei lügt sie sich aber selbst in die Tasche. Alle drei Landesregierungen, in denen die Linke vertreten ist oder sie sogar führt, werden Abschiebungen vorgenommen. Die Statistik weist für 2017 für Berlin 1.645, Thüringen 657 und Brandenburg 490 Abschiebungen aus.
Zum anderen wird mit Kippings Linie der besondere Wert des Asylrechts in der deutschen Verfassung entwertet. Es sollte auf der Basis der historischen Erfahrung denen zu Gute kommen, die vor politischer Verfolgung auf der Flucht sind.
Quelle: Tim Herden auf mdr.de

Anmerkung Jens Berger: *Es ist erstaunlich, dass das sehr schlechte Ergebnis von Katja Kipping in den meisten Berichten als kleinerer Denkzettel verniedlicht wird. Intern hatte das Kipping-Lager – wohlwissend um die Polarisierung – ein Ziel von 75% herausgeben, das man jedoch um mehr als 10% verfehlt hat. Das ist weniger als Andrea Nahles und die hatte wenigstens noch eine Gegnerin.*

c. **Rede von Sahra Wagenknecht**
Quelle: Die Linke via YouTube

Externer Inhalt

Beim Laden des Videos werden Daten an Youtube übertragen.

Inhalt von Youtube zulassen
Inhalte von Youtube nicht mehr zulassen

Schauen Sie sich auch die Debatte nach der Rede von Sahra Wagenknecht an.

2. **Sonst überlassen wir die Politik Angela Merkel und den Rechten**
   Ex-SPD-Bundestagsmitglied Detlev von Larcher hat sich für die Formierung einer linken Sammlungsbewegung ausgesprochen. "Der Einfluss auf die Politik durch linke Kräfte ist sehr schwach", sagte er im Dlf. Allerdings werde es schwierig, die passende Führungsfigur zu finden. (…)
   May: Gibt es jemanden, den Sie sehen im linken Spektrum, der quasi diese Sammlungsbewegung vereinen könnte, hinter dem sich alles scharen könnte, der möglicherweise auch Gegensätze überwinden könnte?
   von Larcher: Ja, ich sehe da schon die Frau Wagenknecht und Oskar Lafontaine. Es wird sehr schwierig in Deutschland, ich glaube, es werden große Schwierigkeiten überwundern werden müssen. Wir gucken eben auf das Beispiel von Corbyn, wir gucken auf das Beispiel von Mélenchon in Frankreich, wo Sammlungsbewegungen ja gelungen sind. (…)
   Ja, ja. Das ist schon klar, also das ist schon ein Spalterthema. Oder es hat das Potenzial, auch in so einer Sammlungsbewegung zu Auseinandersetzungen zu führen oder dazu zu führen, dass eben die Sammlungsbewegung nicht richtig funktioniert. Und es gibt natürlich auch andere Hinderungsgründe.
   Ich meine, die Sammlungsbewegung müsste ja derart sein, dass es den Menschen möglich macht, in unterschiedlichen Parteien zu sein und in der Sammlungsbewegung aktiv zu werden. Es gibt ein gutes Beispiel dafür, glaube ich, wie es klappen könnte, und das ist eben in Attac. In Attac arbeiten ja auch ganz verschiedene Leute zusammen, die zu unterschiedlichen Parteien gehören …
   Quelle: Deutschlandfunk
3. **G7-Gipfel**
   a. **Das G7-Desaster mit Ansage**
      Trump hat es wieder getan. Er hat alle mit zwei Twitter-Nachrichten überrascht. Wobei man strenggenommen ja damit rechnen musste, es also nur dann eine Überraschung hätte sein können, wenn der amerikanische Präsident es nicht getan hätte und still geblieben wäre. Doch Trumps Bestnote 10 ist kaum mehr wert als Merkels vollstes Vertrauen einem x-beliebigen Bundesminister gegenüber.
      Um es klar zu sagen, der G7-Gipfel ist keinesfalls am "irren" Trump gescheitert, sondern an den übrigen Teilnehmern, die jeden Formelkompromiss, der irgendwie von allen Partnern mitgetragen werden könnte, als Erfolg verkaufen. Seltsamerweise schaut niemand in das Abschluss-Kommuniqué, das Trump mit seinem Verhalten torpediert haben soll. Was steht denn drin? Dort steht im

Grunde nur, dass man sich nicht einig ist. Trump hat also auch im Nachhinein nichts kaputtmachen können, das nicht schon vorher ramponiert gewesen war. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte vor dem Gipfel ja selbst, dass es wenig Sinn habe, bestehende Konflikte zuzukleistern. Trump nahm sie also nur beim Wort, als sie und die anderen genau das im Abschluss-Dokument wie auch bei den Pressestatements versuchten vorzugaukeln. Natürlich meinte Merkel nicht den Handelsstreit, sondern den Vorschlag Trumps, Russland an den Verhandlungstisch zurückzuholen. Das war wieder so eine Überraschung mit der viele nicht rechneten. Doch wer genau hinschaut, erkennt die Strategie des "Irren" im Weißen Haus, der so irre gar nicht ist.
Trump nutzt nur das konsequent aus, was die Europäische Union seit Jahren mit Blick auf sich selbst verleugnet. Die eigene selbstverschuldete innere Zerrissenheit. Durch die deutsche Dominanz und dem Diktat der strikten Haushaltsdisziplin ist Europa defacto am Ende. Italien hat deshalb jüngst eine neue Regierung bekommen, die nicht nur EU-kritisch eingestellt ist, sondern von Brüssel auch eine andere Position zu Russland und den verhängten Sanktionen fordert. Italiens neuer Regierungschef Giuseppe Conte reagierte daher zunächst wohlwollend auf Trumps Vorschlag, bevor Merkel regulierend eingriff. Wer dahinter keine Absicht der Amerikaner erkennt, muss doch blind sein.
Quelle: TauBlog

b. **Trump will Russland wieder am Tisch**
Diese Forderung kam doch überraschend: US-Präsident Trump will, dass Russland wieder in den Kreis der führenden Industrienationen zurückkehrt – und wird dabei immerhin von einem G7-Partner unterstützt.
Kurz vor seinem Abflug zum G7-Gipfel in Kanada hat US-Präsident Trump gefordert, Russland wieder in die Runde der führenden Industrienationen aufzunehmen. Die Aufgabe sei es, die Welt zu organisieren, und dazu werde Russland gebraucht. "Ich war Russlands schlimmster Albtraum, aber Russland sollte an diesem Treffen dabei sein", sagte der US-Präsident.
Zustimmung erhielt Trump prompt vom neuen italienischen Ministerpräsidenten, Guiseppe Conte. "Ich bin da einer Meinung mit dem US-Präsidenten", twitterte Conte im kanadischen la Malbaie. Eine Rückkehr Russlands sei im Interesse aller. (…)
Die neue italienische Regierung aus Fünf-Sterne-Bewegung und Lega hatte schon signalisiert, einen Russland-freundlicheren Kurs einschlagen zu wollen als ihre Vorgänger und ein Ende der Sanktionen gegen Moskau gefordert. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Heiko Maas hatten sich vor dem Gipfel erneut dagegen ausgesprochen, Russland wieder in den Kreis der G7

aufzunehmen.
Wegen der Annexion der ukrainischen Krim war Russland 2014 aus der G8 ausgeschlossen worden. Weil der Status der Krim unverändert ist, war eine Rückkehr Russlands in der G7 bisher kein Thema.
Quelle: tagesschau.de

Anmerkung Christian Reimann: *Herr Trumps Verhalten gegenüber Russland erscheint ambivalent. Aber ist es nicht in der Tat besser, mit Russland und – seinem erneut gewählten – Präsident Putin zu reden? Kann es einen Wandel ohne Annäherung geben? Kann unser Bundesaußenminister nicht aus der erfolgreichen Geschichte und der Ära Brandt lernen? Wie möchte er denn Konflikte, an denen Russland beteiligt ist, lösen, wenn er dessen Präsident und anderen Politikern dieses Landes permanent „vor dem Kopf" stößt?*

c. **Der Konkurrenz-Gipfel**
Als Donald Trump gestern vorschlug, von einem G7-Treffen zurückzukehren zum alten G8-Format mit Russland, antwortete der Kreml kurz und kühl: "Wir legen den Akzent auf andere Formate." Ein solches Alternativ-Format: der Gipfel der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SCO), den Präsident Wladimir Putin heute besucht.
Gegründet wurde die Organisation vor 17 Jahren von Russland, China und vier zentralasiatischen Staaten. Im vergangenem Jahr sind Indien und Pakistan dazugekommen. Iran und Türkei sind mögliche Beitrittskandidaten.
Auch wenn das ostchinesische Treffen schon seit Februar geplant und keine spontane Reaktion auf aktuelle Spannungen ist, hat das Timing Signalwirkung. "Das ist natürlich Symbolpolitik, eine Art Gegeninszenierung", sagt Stefan Meister, Russland-Experte der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. Soll heißen: "Ihr in Kanada seid gespalten, auf dem absteigenden Ast, während wir die aufsteigenden Schwellenländer sind." (…)
Die Ursprungsidee der SCO: Vertrauen aufbauen, zusammenarbeiten – vor allem, wenn es um die "drei Übel" Terrorismus, Separatismus und Extremismus geht. Oft wird der Zusammenschluss mit der NATO verglichen. Aber die beiden "Motoren" der SCO, China und Russland, sehen darin mehr Partnerschaft als Allianz.
Für den russischen Außenminister Sergej Lawrow bildet die SCO eine Hauptkomponente der "neuen, polyzentrischen Weltordnung". Es geht um gegenseitigen Nutzen, Nicht-Intervention, Blockfreiheit. Beide Staaten fürchten "Farbrevolutionen" – die demokratischen Aufstände, die seit dem Jahr 2000

mehrere postsowjetische Regierungen stürzten.
Der Gedanke, dass äußere Kräfte sozioökonomische Probleme ihrer Länder ausnutzten, um Machthaber zu stürzen und staatliche Souveränität zu untergraben, prägt ihre Weltsicht. Sie teilen gleiche Auffassungen, wenn es um die globale Steuerung des Cyberraums geht, um Interessenssphären oder die Kritik am westlichen Insistieren auf Menschenrechte.
Quelle: tagesschau.de

4. **Sicherheitsexperte beurteilt Brandschutz bei Stuttgart 21: "Es ist ein Staatsverbrechen"**
Stuttgart 21 ist Europas größte Baustelle. Politik und Bahn sind "finster entschlossen", das Großprojekt in Stuttgart durchzuziehen – obwohl inzwischen feststeht: Es ist nicht nur Unfug, es ist lebensgefährlich.
Sind Sie Vater oder Mutter und haben kleine Kinder? Sind Sie körperlich beeinträchtigt und auf den Rollstuhl angewiesen? Sind Sie gebrechlich, nicht mehr schnell zu Fuß? Oder jung und gut trainiert, aber Sie haben sich beim Sport den Fuß verstaucht?
Dann lesen Sie diesen Text. Es geht um Sie. Konkret geht es um Stuttgart 21, dieses Mega-Tiefbahnhofsprojekt in der baden-württembergischen Landeshauptstadt, das unendlich teuer wird. Schlimmer noch: Es wird gefährlich.
Katastrophe mit Ansage
Das ist der eindeutige Befund nach Gesprächen über das neue, Ende März vorgelegte Brandschutzkonzept zu S21 mit gut einem Dutzend Fachleuten, mit Ingenieuren, Feuerwehrmännern, mit Spezialisten für Rauchentwicklung in Tunneln und Fluchtwegen.
Manche wollen ihre Namen in dieser Geschichte nicht sehen, weil die Bahn ein mächtiger Auftraggeber ist, aber ihr Urteil ist eindeutig: "Es ist Wahnsinn, was die da machen!" Einer sagte: "Es ist ein Staatsverbrechen, was hier geschieht."
Quelle: Arno Luik auf stern.de

Anmerkung Albrecht Müller: *Lesenswert. Stern-Redakteur Luik zeigt, wie verantwortungslos die Bundeskanzlerin und die Bahnspitze handeln.*

5. **Bundestagsgutachten zu Skripal: Moskau hat sich völkerrechtlich korrekt verhalten**
Die Glaubwürdigkeit der Bundesregierung hinsichtlich der Skripal-Affäre könnte weiteren Schaden nehmen: Denn laut einem Bundestagsgutachten hat Moskau bei der Aufklärung des Falls im Gegensatz zu London im Einklang mit dem Chemiewaffen-Übereinkommen gehandelt.

Russland hat sich in der Skripal-Affäre völkerrechtskonform verhalten. Zu diesem Schluss kommt ein aktuelles Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages, das sich der „völkerrechtlichen Bewertung des Falls 'Skripal'" widmete. Demnach hat Moskau bei der Aufklärung im Fall des vergifteten ehemaligen russischen Doppelagenten Sergej Skripal und seiner Tochter Julia Anfang März im englischen Salisbury im Einklang mit dem Chemiewaffenübereinkommen (CWÜ) gehandelt. London wird hingegen attestiert, „bisher kein offizielles Verfahren auf der Grundlage des CWÜ eingeleitet" zu haben – worauf RT Deutsch übrigens bereits Mitte März hingewiesen hatte.
Laut dem Wissenschaftlichen Dienst sei ein „offenkundiger Verstoß Russlands gegen Kooperationsverpflichtungen aus dem CWÜ nicht zu erkennen". So habe Moskau anlässlich einer Dringlichkeitssitzung der Organisation für das Verbot chemischer Waffen (OPCW) vorgeschlagen, gemeinsam mit Großbritannien zu ermitteln, „und damit – zumindest formal – seine Kooperationsbereitschaft bekundet". Doch die britische OPCW-Delegation hatte diesen Vorschlag – nachdem London zuvor noch die vermeintlich mangelnde Kooperationsbereitschaft Moskaus öffentlich gegeißelt hatte – als „pervers" abgelehnt, wie das Gutachten festhält.
Quelle: RT Deutsch

6. **… dann eben mit China**
Nach dem US-Ausstieg aus dem Atomabkommen wollen EU-Unternehmen nicht mehr im Iran investieren. Aus Angst vor Sanktionen. China hat andere Möglichkeiten – und will die nutzen. (…)
Ding Long ist Professor und Nahost-Experte an der Universität für Außenwirtschaft und Handel in Peking. "China hat mit dem Iran traditionell enge Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Iran ist für Chinas Projekt der Neuen Seidenstraße von zentraler Bedeutung. Diese Beziehung soll noch intensiviert werden. Auch wenn das durch die Sanktionen der USA schwieriger wird."
Aber nicht so schwierig wie für Länder aus der EU. Während europäische Großbanken Sanktionen durch die USA fürchten, kann China seine Geschäfte mit dem Iran über sein eigenes Bankensystem abwickeln. In der chinesischen Währung. "Die Finanzierungssituation ist unterschiedlich. Das europäische und amerikanische Finanz- und Bankensystem ist offen und eng miteinander verzahnt. Chinas Bankenwesen nicht. Chinas Währung – der Yuan – ist noch nicht vollständig internationalisiert. China und der Iran können Geschäfte machen – und das US-Bankensystem dabei umgehen."
Quelle: tagesschau.de

Anmerkung Christian Reimann: *Die Ergebenheit der EU – und insbesondere*

Deutschlands – gegenüber den USA ist unbegreiflich? Ist das lediglich durch „gemeinsame Werte“, wie Kanzlerin Merkel das begründet, zu erklären? Geht es in der Außernpolitik eigentlich um „Werte“ oder sind nicht vielmehr Interessen der beteiligten Staaten bedeutsam? Vertritt Frau Merkel und ihre erneute schwarz-rote Bundesregierung tatsächlich Interessen zum Wohle der hiesigen Bevölkerung oder doch lediglich die von elitären/oligarchischen Minderheiten?

7. **Die Frage ist: Wer macht hier künftig die Arbeit?**
   “Der aktuelle Höchststand beim Fachkräftemangel zeigt: Eine der größten Herausforderungen für die deutsche Wirtschaft in den nächsten Jahrzehnten ist die Frage, wer hier künftig die Arbeit macht”, fasste Schweitzer das Problem gegenüber dem “Handelsblatt” zusammen.
   “1980 war noch ein Drittel der Arbeitskräfte jünger als 30 Jahre, heute ist es nur noch ein Fünftel”, rechnete der DIHK-Präsident vor. “Im gleichen Zeitraum hat sich der Anteil der über 55-Jährigen von einem Viertel auf fast ein Drittel erhöht – und das ist noch längst nicht das Ende der Entwicklung.”
   Erforderlich seien deshalb “mehr Anreize und Aktivitäten, damit möglichst viele Menschen länger in einer Beschäftigung bleiben”. Um diese zentrale Frage müssten sich Politik und auch Wirtschaft “in Zukunft noch wesentlich stärker kümmern”, forderte Schweitzer.
   Quelle: DIHK

   Anmerkung Christian Reimann: *Wieder einmal wird mit dem sog. demographischen Wandel Panik betrieben und im Zuge dessen für eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit plädiert.*

   Könnte es nicht schlicht und einfach so sein, dass mehr ältere Personen einer Erwerbsarbeit nachgehen, weil sie um ihre Sicherheit/ihren Schutz vor Armut im Alter fürchten?

   Wann sieht dieser Lobbyverband endlich ein, dass der beste Schutz vor Altersarmut ein/e entsprechende/s Entlohnung/Gehalt bei gleichzeitiger Konzentration auf die gesetzliche Rentenversicherung – im Gegensatz zum bisher zu oft propagierten „Drei-Säulen-Modell“ – ist?

8. **Humans just 0.01% of all life but have destroyed 83% of wild mammals – study**
   Groundbreaking assessment of all life on Earth reveals humanity’s surprisingly tiny part in it as well as our disproportionate impact
   Humankind is revealed as simultaneously insignificant and utterly dominant in the

grand scheme of life on Earth by a groundbreaking new assessment of all life on the planet.
The world's 7.6 billion people represent just 0.01% of all living things, according to the study. Yet since the dawn of civilisation, humanity has caused the loss of 83% of all wild mammals and half of plants, while livestock kept by humans abounds.
The new work is the first comprehensive estimate of the weight of every class of living creature and overturns some long-held assumptions. Bacteria are indeed a major life form – 13% of everything – but plants overshadow everything, representing 82% of all living matter. All other creatures, from insects to fungi, to fish and animals, make up just 5% of the world's biomass.
Another surprise is that the teeming life revealed in the oceans by the recent BBC television series Blue Planet II turns out to represent just 1% of all biomass. The vast majority of life is land-based and a large chunk – an eighth – is bacteria buried deep below the surface.
Quelle: The Guardian

9. **Hat man SIE einer Gehirnwäsche unterzogen?**
ES IST ERSCHRECKEND. Gewissenlose Psychologen setzen im Dienste eines böswilligen Regimes ausgeklügelte Techniken ein, um aus der Ferne das Denken eines Menschen zu steuern.
Der Ausdruck „Gehirnwäsche" entstand 1950. Es ist ein chinesisches Wort ("xinao", wörtlich: waschen Gehirn). Ursprünglich bezeichnete das Wort eine Technik, die führende Köpfe Chinas erfunden hatten, um das Denken amerikanischer Gefangener im Koreakrieg zu manipulieren – jedenfalls wurde der Anspruch erhoben: Sie könnten die mentalen Prozesse der Gefangenen verändern und sie zu Agenten finsterer Mächte machen.
Viele Bücher und Filme stellten dar, wie das funktioniert. Zum Beispiel zeigt der klassische Film Botschafter der Angst ("The Manchurian Candidate", 1962), wie die Kommunisten den Geist eines amerikanischen Offiziers in koreanischer Kriegsgefangenschaft manipulieren und ihm den Auftrag geben, den Kandidaten für das Präsidentenamt in den USA zu töten. Dem amerikanischen Offizier ist nicht bewusst, dass er in einen kommunistischen Agenten umgedreht worden ist. Er erinnert sich nicht daran, dass ihm unter Hypnose ein Befehl gegeben wurde, und wenn er diesem Befehl gemäß handelt, weiß er das nicht.
DIESER HANDLUNGSVERLAUF ist so lächerlich wie die meisten pseudo-wissenschaftlichen Darstellungen. Tatsächlich kann man den Geist von Menschen, von Einzelnen wie von Kollektiven, viel leichter manipulieren. (…)
IN DEN letzten Wochen haben wir ein Musterbeispiel dieses Mechanismus erlebt. Die Ereignisse an der Grenze zum Gazastreifen haben den Mechanismus der

Gehirnwäsche auf eine Weise belebt, um die diktatorische Regime in aller Welt uns nur beneiden können.
Wir wollen uns einer Selbstprüfung unterziehen: Was haben wir im Radio gehört? Was haben wir im Fernsehen gesehen? Was haben wir in den Zeitungen gelesen?
Innerhalb weniger Wochen wurden mehr als hundert Palästinenser erschossen und viele Tausende wurden durch scharfe Munition verwundet. Warum?
„Wir mussten auf sie schießen, weil sie den Grenzzaun gestürmt haben". Und haben die Bewohner von Gaza nicht schließlich selbst verkündet, sie „wollten nach Hause zurückkehren", womit sie meinten: in das Gebiet zurückkehren, das heute Israel ist?
Am Montag, dem 14., dem „schwarzen Montag", wurden 63 unbewaffnete Demonstranten erschossen und mehr als 1500 durch scharfe Munition verwundet. Jeder Israeli erfuhr, dass das notwendig gewesen sei, weil Demonstranten den Zaun gestürmt hätten und im Begriff gewesen seien, sich in Israel auszubreiten. Niemand achtete auf die einfache Tatsache, dass es kein einziges Foto gab, das dieses Ereignis zeigte. Kein einziges. Trotz der Tatsache, dass es auf beiden Seiten des Zauns Hunderte Fotografen gab, darunter israelische Armee-Fotografen, die jede Einzelheit festhielten. Zehntausende stürmten und kein einziges Bild davon?
Man achte auf den Gebrauch des Wortes „Terror". Es ist zu einem Wort geworden, das jedem anderen Wort hinzugefügt werden kann. Es gibt nicht einfach nur Tunnel, nein, sie sind alle immer „Terror-Tunnel". Es gibt „Terror-Aktivisten". Jetzt gibt es „Terror-Drachen". Merke: nicht „Feuerbrand-Drachen" oder „Zerstörungs-Drachen", sondern „Terror-Drachen". Dasselbe kommt Tag für Tag in den Medien. Irgendjemand hat diese Entscheidung über die Terminologie getroffen. Natürlich ist jeder, dessen Namen das Wort „Terror" hinzugefügt wird, ein „Kind des Todes", wie wir im biblischen Hebräisch sagen. Das ist ein weiteres, ein stolzes Wort in der Gehirnwäsche.
Quelle: Uri Avnery

10. **Von China lernen heißt siegen lernen**
In diesen Tagen ist in Nordkoreas Staatsfernsehen etwas Ungewöhnliches zu sehen: eine chinesische Fernsehserie. In 36 Teilen. Über das Leben von Maos Sohn. Ausgestrahlt zur besten Sendezeit. Ausländische Inhalte zeigt der Sender sonst äußerst selten. Das Anschauen südkoreanischer Serien und amerikanischer Spielfilme, die auf USB-Sticks ins Land geschmuggelt werden, steht unter Strafe. Dass nun also das chinesische Historiendrama „Mao Anying" ins Programm gehoben wurde, ist ein untrügliches Zeichen dafür, dass Pjöngjang es ernst meint mit der wiedergewonnenen Freundschaft zum großen Nachbarn China.
Und auch in Peking hat man es eilig, Nordkorea noch vor dem Treffen von Machthaber Kim Jong-un mit Präsident Donald Trump enger an sich zu binden. Die staatliche

Fluggesellschaft Air China nahm am Mittwoch den Betrieb nach Pjöngjang wieder auf. Er war vor sieben Monaten inmitten des Streits über das Atomprogramm eingestellt worden – wegen mangelnder Nachfrage. Die ist noch immer nicht gerade hoch: Ganze sechs Passagiere fanden sich am Flughafen ein. Doch was zählt, ist die Symbolik. China bringt sich sichtbar in Stellung für die Zeit nach dem Gipfel von Singapur, in der die Weichen für eine wirtschaftliche Entwicklung Nordkoreas gestellt werden könnten. Vorausgesetzt, das Land ist bereit, seine Atomwaffen abzugeben.
Quelle: Frankfurter Allgemeine

Anmerkung unseres Lesers H.K.: *In Sachen wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformation und einer Chance zur Wiedervereinigung kann Korea, weder Nord noch Süd, leider nicht von deutschen Erfahrungen zehren. Die Entspannungspolitik von Willy Brandt hat in der SPD, der GroKo und der EU momentan keine Chance und die deutsche Wiedervereinigung hat man auf vielfältige Weise verpatzt. Jetzt müssen/können es die Chinesen richten. Anstatt darüber zu lamentieren sollte man es mal mit ernsthafter Selbstreflexion versuchen.*

11. **Sind bezahlbare Mieten für alle möglich?**
Der Preis-Boom bei Wohnungen hat inzwischen auch kleinere Städte erreicht. In Großstädten sind sowohl Mietwohnungen als auch Eigentumswohnungen selbst für Normalverdiener zunehmend unerschwinglich. So stiegen die Mieten beispielsweise in Berlin zwischen 2004 und 2017 um 73 Prozent; die Kaufpreise gar um sagenhafte 140 Prozent.
Es wird zu viel spekuliert und zu wenig gebaut – jedenfalls nicht ausreichend erschwingliche Wohnungen. Aber es geht bei den Anforderungen an eine kluge, sozialverträgliche und nachhaltige Stadtplanung nicht nur um Quantität, sondern auch um Qualität. Der ehemalige Bundesbauminister Klaus Töpfer sagte es einmal so: "Geringe Distanzen und Mischung städtischer Funktionen sind eine wichtige Voraussetzung, um soziale Integration und gesellschaftliche Stabilität in den Städten zu gewährleisten." (…)
Lukas Siebenkotten, Direktor des Deutschen Mieterbunds
"Wir brauchen zwei Dinge: Zum einen eine intensive Bautätigkeit – und eben nicht 284.000 fertiggestellte Wohnungen im Jahr, sondern mindestens 400.000. Und wir brauchen dazu – begleitend, dämpfend – mietrechtliche Vorschriften, die dafür sorgen, dass in der Zwischenzeit, bis wir soweit sind, die Mieten nicht durch die Decke schießen. Die Politik hat über Jahre hinweg dieses Problem verschlafen. Es wird ein zentrales Thema der nächsten zehn Jahre sein, dass hier endlich viel mehr getan wird. Und der Koalitionsvertrag reicht da hinten und vorne nicht."

Klaus Mindrup, MdB, baupolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
"Ich sehe den sozialen Frieden absolut in Gefahr. Ich halte die momentane Entwicklung für dramatisch. Auf der einen Seite müssen wir gucken, dass wir das Mietrecht so verschärfen, dass wir nicht mehr bezahlbaren Wohnraum verlieren und auf der anderen Seite müssen wir natürlich neu bauen. Aber es kommt nicht darauf an, irgendwo, irgendwas zu bauen, sondern es kommt darauf an, dass wir vor allen Dingen Sozialwohnungen bauen und Wohnungen im bezahlbaren Segment."
Quelle: Deutschlandfunk Kultur

Anmerkung Christian Reimann: *Wen meint Herr Mindrup, wenn er von „wir" spricht? Und: Hat die Politik generell „dieses Problem verschlafen" oder waren – und sind! – es nicht vielmehr insbesondere die Mitglieder des Deutschen Bundestages, deren Fraktionen (CDU/CSU und SPD) seit vielen Jahren die Bundesregierung stellen? Hätte nicht vor allem die SPD-Bundestagsfraktion oder ein zuständiger Minister mehr Initiative zeigen können (oder gar müssen?), wenn soziale Gerechtigkeit ein wesentlicher Markenkern der Partei sein soll? Die NachDenkSeiten haben mehrfach darauf hingewiesen, dass die sogenannte Mietpreisbremse nicht ausreicht – z.B. hier und hier. Nicht vergessen sollte sein, dass es Kanzler Kohl war, der die Gemeinnützigkeit aller Wohnungsgenossenschaften in Deutschland abgeschafft und die Eigenbedarfskündigung erfunden hatte – bitte lesen dazu erneut Werner Rügemers Text Nichts zu danken: Helmut Kohl war nicht nur zufällig korrupt.*

12. **Wie kam Anis Amri ums Leben?**
In den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zum LKW-Anschlag von Berlin kommen immer mehr Fragen und Widersprüche auf
Wie kam der mutmaßliche Attentäter vom Breitscheidplatz in Berlin ums Leben und warum dort, wo er starb? Stimmen die Abläufe zu dem Anschlag, dem am 19. Dezember 2016 zwölf Menschen zum Opfer fielen, so wie sie offiziell dargestellt werden? In den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen (PUA) brechen immer mehr Fragen auf, auch solche, die als beantwortet galten.
Vor allem der Obmann der Bündnisgrünen im PUA des Bundestages, Konstantin von Notz, lenkte den Fokus in der jüngsten Sitzung auf den Tod von Anis Amri und den Ort, wo der mutmaßliche Attentäter am 23. Dezember 2016, vier Tage nach dem Anschlag, von italienischen Polizisten erschossen wurde: in der Nähe des Bahnhofes Sesto San Giovanni bei Mailand.
Zufall oder Zusammenhang?
Das ist weniger als zwei Kilometer von der Stelle entfernt, wo am 18. Dezember 2016 jener Sattelschlepper mit Stahlträgern beladen worden war, ehe er nach Deutschland

fuhr, und den Amri dann am 19. Dezember auf den Weihnachtsmarkt an der Gedächtniskirche gelenkt haben soll. Der Täter kehrt zu dem Ort zurück, wo seine Tatwaffe "LKW" ihren Ausgang nahm. Zufall oder Zusammenhang? Wusste Amri das? War er schon einmal dort gewesen?
Quelle: Telepolis

13. **AfD nun zweitstärkste Kraft hinter Söders CSU**
Bevor es über den Sommer in die „heiße Phase" des bayerischen Wahlkampfs geht, sieht eine Umfrage die AfD im Freistaat im deutlichen Aufwind. Laut der am Freitag von der „Augsburger Allgemeinen" veröffentlichten Civey-Erhebung konnte die AfD innerhalb eines Monats um 1,5 Prozentpunkte auf 13,5 Prozent zulegen und wäre damit aktuell knapp vor der SPD zweitstärkste Kraft in Bayern.
Damit verfehlt die CSU bisher ihr erklärtes Ziel, mit einem harten Kampfkurs die AfD zu schwächen. Der Umfrage zufolge verlieren die Christsozialen im Vergleich zum Vormonat einen Prozentpunkt und kommen noch auf 41,1 Prozent. Die bisher allein regierende CSU wäre damit auf einen Koalitionspartner angewiesen. (…)
Der Umfrage zufolge können außer der AfD kaum andere Parteien profitieren. So verlor die SPD im Vergleich zum Vormonat 0,3 Prozentpunkte auf 13,4 Prozent, die Grünen gaben 0,9 Punkte auf 12,6 Prozent ab. Die Freien Wähler konnten sich um 0,4 Punkte auf sieben Prozent verbessern, während die FDP mit 4,8 Prozent unter die Fünfprozentmarke rutschte.
Quelle: Welt

Anmerkung Christian Reimann: *Hatte nicht in Abgrenzung zu dieser Partei Frau Nahles in ihrer Bewerbungsrede um den Parteivorsitz die (eher kurz-gedachte) Bekämpfung dieser Partei zum Ziel erklärt und daher von „Solidarität" geredet, aber das (langfristig anzulegende) Ziel der Wiederherstellung von sozialer Gerechtigkeit hierzulande in den Hintergrund gedrängt? Im Gegensatz dazu hatte ihre Gegenkandidatin, Frau Lange, sehr wohl genau diesen Schwerpunkt in ihrer Rede gesetzt. Wohl auch deshalb hatte sie ein relativ gutes Ergebnis bekommen.*

14. **Ciao Hallodri! Wie deutsche Medien ein italienisches Drohszenario beschwören**
Vor wenigen Tagen traf „Spiegel"-Chefredakteur Klaus Brinkbäumer auf seine Leserinnen und Leser, und die Begegnung muss für ihn so außergewöhnlich gewesen sein, dass Brinkbäumer sie in der folgenden Ausgabe auf vielen Zeilen festhielt. Die Leser, teilte Brinkbäumer eben diesen Lesern mit, würden es etwa nicht mögen, wenn „Spiegel"-Redakteure „Meinungen über Fakten stellen und beides nicht klar genug voneinander trennen". Auch widersprüchliche Positionen auszulassen, goutierten die

Leser nicht. […]
Diese ganze Gemengelage fasst der „Spiegel“ auf dem Cover in einer Spaghetti zusammen, die zu einem Henkersseil geformt ist. Schlagzeile: „Ciao Amore“. Als ich das sehe, habe ich noch einen Text von Jan Fleischauer im Kopf, den er in den Tagen zuvor auf „Spiegel Online“ veröffentlicht hat, und der die Italiener – wohlgemerkt die Nettobeitragszahler der EU – allesamt als Schmarotzer hinstellt. Oder den Text von Hans-Jürgen Schlamp, wonach Italiens Präsident Sergio Mattarella „statt EU-feindliche Populisten an die Macht zu lassen“ zum Glück eine Regierungsbildung erschwert habe, als ob beide Parteien „EU-Feinde“ wären und nicht der Wähler sondern der Präsident „Macht“ verleihe.
Quelle: Sven Prange via Petra Reski